



Senat schwächt Attraktivität der Polizei „Arbeitet mehr!“

Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher und Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (beide SPD) haben vor wenigen Wochen auf der Landespressekonferenz den Senatsentwurf für den Doppelhaushalt 2027/2028 vorgestellt und der Hamburger Polizei eine massive Spar-, Streich- und Kürzungsliste mit drastischen Auswirkungen für unsere Kolleginnen und Kollegen vorgelegt! Nach Aussage des Ersten Bürgermeisters bleiben die Bereiche Bildung, innere Sicherheit und Justiz prioritär. Für die Polizei sieht diese „Priorität“ dann so aus: Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden, Streichung des AZV-Tages, Personalreduzierung in der Polizeiverwaltung und im gesamten Tarifbereich der Polizei, selektiver Verzicht auf Wiederbesetzungen, Polizeihubschrauber werden perspektivisch abgeschafft, Zukunft der Reiterstaffel und des Polizeiorchesters bleibt offen, Kürzungen und Organisationsveränderungen sind durch die Innenbehörde weiterhin möglich! Dazu DPoIG-Landesvize Nicholas Kriegk: „Der vom Senat vorgelegte Entwurf zum Doppelhaushalt 2027/28 bedeutet für unsere

verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ganz konkret eine Gehaltskürzung ab dem 1. Januar kommenden Jahres. Dazu kommen Stellenstreichungen und die Nichtbesetzung offener Stellen. Die Schwächung der Polizeiverwaltung und die personelle Reduzierung des Tarifbereiches sind ein folgenreicher Irrweg. Die Auswirkungen werden den Polizeivollzug und somit die innere Sicherheit spürbar schwächen, denn die Arbeit muss ja erledigt werden und dann von Polizeibeamtinnen und -beamten, die auf der Straße fehlen. Der Senat verweigert seit über 16 Jahren Hamburgs Polizisten, Feuerwehrleuten und allen anderen Landesbeamten eine verfassungsgemäße Alimentation. Als besondere Aufmunterung sagt ihnen nun der Dienstherr: ‚Arbeitet mehr!‘ Wer so schäbig handelt, will offenbar die Konfrontation. Diese Auseinandersetzung werden wir nicht scheuen – ganz im Gegenteil!“

Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) hat auf seinem Instagram-Account die Sparmaßnahmen des Senats veröffentlicht und gerechtfertigt. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten:

leute.stre 1 Woche(n)
Kann die Extrastunde auch vom fiktiven Partner erbracht werden? 😊
Antworten
1 weitere Antwort ansehen

wgs.k1982 1 Woche(n)
Wieso nur fühlt sich das wie ein Stinkefinger mitten ins Gesicht an? 😊

aufhamburg 1 Woche(n)
Der ganz große Wurf- ins eigene Tor. Traurig.
Antworten

gll.gerke 3 3 Woche(n)
Ich kann nur hoffen, dass dem Senat die »senatsangemessene« Alimentation um die Ohren fliegt! Seit über 16 Jahren werden Hamburgs Beamtinnen u. Beamte hingehalten. Nicht wenige Anspruchsberechtigte werden bereits verstorben sein. Das Urteil aus Karlsruhe wird hoffentlich, spätestens im nächsten Jahr, für Klarheit sorgen. Der Bund u. auch SH schaffen eine neue Besoldungsordnung – Hamburg verramscht seine eigenen Leute!
[@cdu_hamburg](#)

klausehennig 1 Woche(n)
Wenn man sich schon an anderen Bundesländern und dem Bund bei der wöchentlichen Arbeitszeit orientiert, warum macht man das nicht auch bei der Besoldung? Hamburg ist Schlusslicht im Besoldungsvergleich, aber in den Top 3 der teuersten Städte Deutschlands. Ganz großes Kino 🍿

wgs.k1982 1 Woche(n)
Kann man das schon als moderne Sklaverei bezeichnen? Verfassungswidrig besolden und dann mehr Arbeit verlangen! Das bedeutet eine höhere psychische und physische Belastung. Da bereits Personalmangel herrscht, verschlechtert sich die Lage durch solche Entscheidungen noch weiter. Sicherheit und Ordnung sind nicht mehr zu gewährleisten. Das System wird damit vorsätzlich gegen die Wand gefahren. Herzlichen Glückwunsch 🍷

wgs.k1982 1 Woche(n)
Kann man das schon als moderne Sklaverei bezeichnen? Verfassungswidrig besolden und dann mehr Arbeit verlangen! Das bedeutet eine höhere psychische und physische Belastung. Da bereits Personalmangel herrscht, verschlechtert sich die Lage durch solche Entscheidungen noch weiter. Sicherheit und Ordnung sind nicht mehr zu gewährleisten. Das System wird damit vorsätzlich gegen die Wand gefahren. Herzlichen Glückwunsch 🍷

wgs.k1982 1 Woche(n)
Kann man das schon als moderne Sklaverei bezeichnen? Verfassungswidrig besolden und dann mehr Arbeit verlangen! Das bedeutet eine höhere psychische und physische Belastung. Da bereits Personalmangel herrscht, verschlechtert sich die Lage durch solche Entscheidungen noch weiter. Sicherheit und Ordnung sind nicht mehr zu gewährleisten. Das System wird damit vorsätzlich gegen die Wand gefahren. Herzlichen Glückwunsch 🍷

wgs.k1982 1 Woche(n)
Kann man das schon als moderne Sklaverei bezeichnen? Verfassungswidrig besolden und dann mehr Arbeit verlangen! Das bedeutet eine höhere psychische und physische Belastung. Da bereits Personalmangel herrscht, verschlechtert sich die Lage durch solche Entscheidungen noch weiter. Sicherheit und Ordnung sind nicht mehr zu gewährleisten. Das System wird damit vorsätzlich gegen die Wand gefahren. Herzlichen Glückwunsch 🍷

wgs.k1982 1 Woche(n)
Kann man das schon als moderne Sklaverei bezeichnen? Verfassungswidrig besolden und dann mehr Arbeit verlangen! Das bedeutet eine höhere psychische und physische Belastung. Da bereits Personalmangel herrscht, verschlechtert sich die Lage durch solche Entscheidungen noch weiter. Sicherheit und Ordnung sind nicht mehr zu gewährleisten. Das System wird damit vorsätzlich gegen die Wand gefahren. Herzlichen Glückwunsch 🍷

wgs.k1982 1 Woche(n)
Kann man das schon als moderne Sklaverei bezeichnen? Verfassungswidrig besolden und dann mehr Arbeit verlangen! Das bedeutet eine höhere psychische und physische Belastung. Da bereits Personalmangel herrscht, verschlechtert sich die Lage durch solche Entscheidungen noch weiter. Sicherheit und Ordnung sind nicht mehr zu gewährleisten. Das System wird damit vorsätzlich gegen die Wand gefahren. Herzlichen Glückwunsch 🍷



Leserbrief

„... und ich liebe meinen Beruf immer noch wie am Anfang“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich denke, ich spreche vielen von uns aus der Seele, wenn ich an dieser Stelle feststelle, dass das Informationsschreiben des Finanzsenators einem Schlag ins Gesicht aller Hamburger Beamten – insbesondere aber uns Polizeibeamten – gleichkommt. Das Schreiben, so inhaltlich fundiert und objektiv es daherkommen mag, spiegelt in unverhohlener Weise die Ansicht der politischen Entscheidungsträger unserer Stadt wider, ihre Miswirtschaft durch die Masse der Bediensteten auffangen zu lassen. Von Dingen wie Wertschätzung, leistungs- oder amtsangemessener Bezahlung oder Verantwortungsbewusstsein den eigenen Mitarbeitern gegenüber hat sich die Politik dieser Stadt damit vollkommen losgesagt. Man befindet sich nunmehr im Forderungsmodus, in dem alle ihren Anteil leisten müssen, ungeachtet aller übrigen Notwendigkeiten. Vom Anstand der politischen Ebene, sich selbst entsprechender, einschneidender Maßnahmen zu unterwerfen, brauchen wir an dieser Stelle auch nicht zu sprechen. Die letzten internen Änderungen im Bereich der Aufstiegsmöglichkeiten in der Polizei erscheinen vor dem Hintergrund dieser Gehaltskürzung (denn nichts anderes ist eine Arbeitszeiterhöhung in Kombination mit der Streichung des letzten verbliebenen Ausgleichstages; es traut sich nur niemand, es auszusprechen) fast schon verkraftbar. Als über alle Maßen unangenehm empfinde ich persönlich die in objektive Erläuterungen gehüllte „Selbstbeweihräucherung“ im Hinblick auf all jene Verbesserungen und Gehaltsanpassungen, mit denen die FHH den Beamten der Polizei gegenüber ihrer Fürsorgeverpflichtung nachgekommen sein will. Die Tatsache, dass hier in einem Nebensatz darauf hingewiesen wird, dass es noch kein höchstrichterliches Urteil zur Hamburg-Beamtenbesoldung gibt, erscheint vor diesem Hintergrund wie ein schlechter Witz. Die Tatsache, dass bisher alle Verfahren im Sinne der Beamtenalimentation des Bundesverfassungsgerichts mit ei-

ner Entscheidung gegen den jeweiligen Dienstherrn ausgegangen sind, wird hier gekonnt ignoriert. Hier wird nicht einmal der Versuch unternommen, die Tatsache zu kaschieren, dass die FHH auf Zeit spielt. Auch jetzt spreche ich wieder nur für mich: Ich mag vielleicht nicht der beste, klügste oder manchmal auch nicht der fleißigste Schutzmann dieser Stadt sein. Aber dennoch mache ich meine Arbeit seit über 20 Jahren, in Vollzeit und ohne längere Ausfälle, und ich liebe meinen Beruf immer noch wie am Anfang. Aber mittlerweile bin ich es, ehrlich gesagt, leid, dass Stadt und Behörde ihr Unvermögen und ihre Kurzsichtigkeit auf meinen Schultern abladen und sich dann, wie in dem Senator-Schreiben, mit einer „globalen“ Notwendigkeit oder einem lapidaren „es ist halt so“ aus der Affäre ziehen. Ich denke (und hoffe), dass ich nicht der Einzige bin, der sich in dieser Sache an euch wendet, und ich habe euch natürlich nichts vorzuschreiben. Aber meiner Ansicht nach hat die FHH jetzt eine Grenze überschritten, die eine geschlossene und vor allem entschlossene Antwort der Mitarbeiterschaft unumgänglich macht. Die Zeit der Flugblätter mit in der mittleren Führungsebene der eigenen Behörde verhallenden politischen Forderungen muss jetzt zwangsläufig enden. Berufsvertretungen und Personalrat müssen jetzt konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen. Der Rückhalt in der Belegschaft dürfte euch gewiss sein – ungeachtet der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit. Ich bedanke mich für euer Engagement und euren Einsatz, auch über diesen traurigen Anlass hinaus, und verbleibe mit besten Grüßen

Hendrik Heinsohn

Wir bedanken uns ganz herzlich bei unserem Kollegen und Mitglied Hendrik Heinsohn vom PK 47 für seine Zuschrift.

„Offenheit, Respekt und gegenseitige Unterstützung sind die Grundlage für ein gutes Miteinander“

Polizeispiegel im Gespräch mit Tobias Conrad, LKA FSt 32, Fachbereich LSBTI*

© PÖA/Polizei Hamburg



COPS 4Q
ANSPRECHPERSONEN
DER POLIZEI FÜR LSBTI*

LSBTI*-Community zusammen, um einen kontinuierlichen Austausch zu gewährleisten.

Zur Frage, ob Gewalt gegenüber Personen der LSBTI*-Community zunimmt: Die Polizei Hamburg nimmt jede Form von Hasskriminalität sehr ernst und erfasst entsprechende Straftaten gesondert. Wir beobachten, dass das Anzeigeverhalten in den letzten Jahren spürbar gestiegen ist, was gegebenenfalls auch auf eine größere Sensibilisierung und ein gestärktes Vertrauen in die Polizei zurückzuführen ist. Ob es tatsächlich zu einem Anstieg der Gewalt kommt oder ob mehr Fälle gemeldet werden, lässt sich daher nicht immer eindeutig trennen. Wichtig ist uns, dass Betroffene wissen, dass sie sich jederzeit an uns wenden können und Unterstützung erhalten.

? Ihr seid als Cops4Q in der Polizei Hamburg als Bindeglied zwischen der Polizei und der LSBTI*-Community unterwegs. Was heißt das genau und wie sieht eure Arbeit in diesem Bereich aus? Nimmt die Gewalt gegenüber Personen dieser Community zu?

Als Ansprechpersonen der Polizei Hamburg für die LSBTI*-Community, oder besser kurz gesagt den Cops4Q, sind wir, meine Kollegin Miria Lottmann und ich, innerhalb der Polizei speziell für die Belange der LSBTI*-Community (lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter*) tätig. Unsere Aufgabe ist es, als Bindeglied zwischen der Polizei und der LSBTI*-Community zu fungieren. Das bedeutet konkret, dass wir sowohl für Bürgerinnen und Bürger aus der Community als auch für Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Polizei als vertrauliche Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Unsere Arbeit umfasst unter anderem:

- **Beratung und Unterstützung:** Wir beraten und unterstützen LSBTI*-Personen, die Opfer von Straftaten geworden sind, insbesondere bei Hasskriminalität. Hier übernehmen wir auch die Aufnahme von Strafanzeigen und die ersten zeugenschaftlichen Vernehmungen. Diesbezüglich arbeiten wir sehr eng mit dem Hamburger Staatsschutz (LKA 7) zusammen.
- **Vertrauensvolle Kontaktaufnahme:** Wir bieten die Möglichkeit, sich in einem geschützten Rahmen an uns zu wenden – auf Wunsch auch anonym.
- **Sensibilisierung und Fortbildung:** Wir engagieren uns für die Sensibilisierung innerhalb der Polizei, zum Beispiel durch interne Fortbildungen und Informationsveranstaltungen, um Vorurteile abzubauen und die Akzeptanz zu fördern. So sind wir auch mit unserem Dienstunterricht schon fester Bestandteil der polizeilichen Ausbildung und des Studiums.
- **Vernetzung:** Wir arbeiten eng mit Beratungsstellen, Vereinen und Initiativen der

? Ich persönlich habe das Gefühl, dass in der heutigen Zeit der Umgang mit LSBTI*-Menschen auch innerhalb der Polizei ein anderer ist, also positiver als noch vor 20 Jahren. Wie ist eure Erfahrung dazu?

Deine Beobachtung kann ich nur bestätigen: Der Umgang mit queeren Menschen innerhalb der Polizei Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren deutlich positiv entwickelt. Auch wenn es bei mir selbst nicht ganz 20, sondern „nur“ 17 Jahre sind, merke ich, dass sich in der Zeit spürbar etwas innerhalb unserer Behörde verändert hat. Die Polizei Hamburg ist hier merklich weltoffener und selbst auch diverser geworden. Und das ist auch gut so. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass Themen wie sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität in der Mitarbeiterschaft gar keine Rolle mehr spielen müssen, sondern dass Vielfalt und Individualität selbstverständlich akzeptiert und respektiert werden – ganz unabhängig davon, wie jemand lebt oder wen jemand liebt.



Landesvorsitzender Thomas Jungfer und Tobias Conrad

© Frank Riebow

Seid ihr auch Ansprechpartner für Kolleginnen und Kollegen, falls sie mit ihrer geschlechtlichen Orientierung doch mal an ihrer Dienststelle oder auch von anderer Seite Probleme haben? Wenn ja, wie seid ihr für sie zu erreichen?

Na klar, wir sind natürlich und gerade auch für unsere Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Polizei Hamburg als Ansprechpersonen da, wenn es um Fragen oder Probleme im Zusammenhang mit sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität geht. Uns ist es wichtig, ein offenes Ohr zu haben und Unterstützung anzubieten, falls jemand im dienstlichen Umfeld Diskriminierung oder Benachteiligung erfährt. Sollten sich im Einzelfall personal- oder dienstrechtliche Fragestellungen ergeben, verweisen wir an die dafür jeweils zuständigen Stellen innerhalb der Polizei Hamburg, wie zum Beispiel die Personalabteilung, BMDA oder die Gleichstellungsbeauftragten. Unser Ziel ist es, Betroffene zu beraten, zu unterstützen und gegebenenfalls an die richtigen Ansprechpartner weiterzuleiten.

Erreichbar sind wir entweder per E-Mail: LSBTI@polizei.hamburg, de oder telefonisch: 040.428670324/70325.

Vom 25. Juli bis zum 2. August 2026 findet in Hamburg die Pride Week unter dem Motto „Solidarisch queer. Haltung zeigen – für eine Zukunft ohne Angst!“ statt. Was bedeutet das für euch? Ist die Polizei auch auf der CSD-Demonstration am 1. August und dem Straßenfest vertreten und wenn ja, in welcher Form?

Für uns als Cops4Q ist das Motto der Pride Week „Solidarisch queer. Haltung zeigen – für eine Zukunft ohne Angst!“ ein wichtiges Signal, das wir mit voller Überzeugung unterstützen. Es steht für Zusammenhalt, Sichtbarkeit und ein respektvolles Miteinander – Werte, für die wir uns auch innerhalb der Polizei Hamburg engagieren. Wie in den vergangenen Jahren wird die Polizei Hamburg auch 2026 beim CSD-Straßenfest mit einem eigenen Informationsstand vertreten sein. Dieser wird direkt am Jungfernstieg zu finden sein und wir stehen dort als Ansprechpersonen für Fragen, Gespräche und Anliegen der Besucherinnen und Besucher zur Verfügung. Wir informieren dort über unsere Arbeit sowie unsere Angebote für die LSBTI*-Community. Während der CSD-Demonstration am 1. August werden wir als Cops4Q die Einsatzführung begleiten und an der Aufzugsspitze präsent sein. So sind wir direkt und persönlich für die Community ansprechbar und können bei Bedarf unterstützen oder vermitteln. Uns ist es wichtig, durch unsere Präsenz ein Zeichen für Offenheit, Dialog und gegenseitigen Respekt zu setzen – sowohl gegenüber der Community als auch innerhalb der Polizei.

Wie wird eure Arbeit intern gesehen? Was wünscht ihr euch von der Polizeiführung und wie ist eure Erwartungshaltung für die Zukunft?

Ich persönlich habe das Gefühl, dass unsere Arbeit quer durch den Polizeikörper wahrgenommen und auch als wichtiger Bestandteil gesehen wird. Das Engagement für die Belange der LSBTI*-Community wird von vielen Kolleginnen und Kollegen geschätzt und als Bereicherung für die Polizei Hamburg verstanden. Von der aktuellen Polizeiführung – sei es durch unseren Polizeipräsidenten oder durch die Leitungen der nachgeordneten Organisationseinheiten –

erhalten wir einen starken Rückenwind. Unsere Anliegen werden ernst genommen und wir erfahren Unterstützung, sowohl bei der Umsetzung von Projekten als auch bei der Sichtbarkeit unserer Arbeit. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass dies bestehen bleibt und unser Engagement auch weiterhin so geschätzt wird. Es ist wichtig, dass die Themen Vielfalt, Akzeptanz und ein respektvolles Miteinander weiterhin fest in der Polizeiarbeit verankert bleiben und wir gemeinsam daran arbeiten, die Polizei Hamburg als offenen und sicheren Ort für alle Menschen zu gestalten. In einer „perfekten“ Welt – und ich würde mir wünschen, dass wir sowohl als Polizei als auch als Gesellschaft insgesamt dorthin kommen – sollte es eigentlich keinen Bedarf mehr an Funktionen wie der unseren geben, wenn eben Vielfalt von allen akzeptiert und nicht als krank, fremd oder bedrohlich diffamiert wird.

Gibt es noch etwas, was ihr den Kolleginnen und Kollegen mit auf den Weg geben möchtet?

Was ich meinen Kolleginnen und Kollegen gerne mit auf den Weg geben möchte, ist: Offenheit, Respekt und gegenseitige Unterstützung sind die Grundlage für ein gutes Miteinander – unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität – und das nicht nur im eigenen Team, sondern auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Als Polizei Hamburg muss es unser gemeinsames Anliegen sein, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem sich alle Mitarbeitenden sicher, respektiert und wertgeschätzt fühlen. Wir möchten dazu ermutigen, aufmerksam miteinander umzugehen, Vorurteile zu hinterfragen und aktiv für Vielfalt und ein diskriminierungsfreies Miteinander einzutreten. Jede und jeder Einzelne kann dazu beitragen, dass Diskriminierung keinen Platz hat und Vielfalt selbstverständlich gelebt wird. Denn die Vielfalt bereichert unser Team und macht uns als Polizei stärker.

WIR L(I)EBEN BUNT!

GEMEINSAM GEGEN HASS

www.polizei.hamburg/LSBTI

Hass und Gewalt gegen queere Menschen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Zeigt Straftaten an und helft mit, konsequent dagegen vorzugehen.

Die Cops4Q der Polizei Hamburg unterstützen und beraten zu Queer-Themen mit Polizeibezug!

Hamburg

© PÖA/Polizei Hamburg



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB



MITGLIEDERWERBEAKTION

verlängert bis 31.08.2026

**Jetzt zur
günstigeren
Gewerkschaft
wechseln!**



Prämien für Neumitglieder*

DPOLG-MITGLIED WERDEN HEISST...

- ✓ Rechtsschutz, der wirklich schützt – freie Anwaltswahl, **schnelle Unterstützung**, auch bei Wegeunfällen
- ✓ Keine Experimente beim Dienststrisiko – **umfassende Diensthaftpflicht**, die im Ernstfall nicht im Kleingedruckten endet
- ✓ Regress? Nicht mit dir! – **Absicherung** bei Dienstfahrzeugen und Geräten, wenn etwas schiefgeht
- ✓ **Echte Betreuung** statt anonymer Verwaltung – direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die sich kümmern
- ✓ Nicht allein dastehen – **Unterstützung** in Konfliktlagen, wenn andere nur Vertröstungen liefern
- ✓ Starke Vorteile im Alltag – **exklusive Rabatte** bei Kfz, Versicherungen, Fitness, Finanzen und Mobilfunk u.v.m.
- ✓ Mitgliedsbeiträge, die **fair** bleiben – im Vergleich konkurrenzlos günstig



**HIER GEHT'S ZUR
MITGLIEDSCHAFT**

Jetzt online ausfüllen!



HANSEFIT



MILES



SportScheck

Deutsche Polizeigewerkschaft
DPoIG Hamburg
Holzdamm 18 · 20099 Hamburg

Tel. 040-254026-0
Fax 040-254026-10
E-Mail dpolg@dpolg-hh.de

dpolg-hh.de

Abonnieren
Informieren



@dpolghh

Die „Straße“ bei Entscheidungen mitnehmen

Mit der Einführung des Polizeilichen Präsenzlichts (PPL) hat die Hamburger Polizei eine weitreichende Entscheidung getroffen. Das Polizeiliche Präsenzlicht wurde vorgestellt, beworben und als Beitrag für mehr wahrnehmbare Sicherheit der Öffentlichkeit präsentiert. Was dabei jedoch auffällt: Viele Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich 24/7 ihren Dienst auf der Straße verrichten, wurden im Vorfeld kaum in die Diskussion um eine Einführung eingebunden. Dabei geht es nicht darum, Veränderungen grundsätzlich abzulehnen. Neue Konzepte müssen ausprobiert und bewertet werden dürfen. Allerdings entsteht bei vielen Einsatzkräften der Eindruck, dass in der öffentlichen Darstellung fast ausschließlich die positiven Aspekte hervorgehoben wurden, während mögliche Nachteile und operative Risiken kaum Beachtung fanden. Gerade die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst betrachten die Thematik aus einer anderen Perspektive. Für sie stehen Fragen der Eigensicherung, der taktischen Handlungsfähigkeit und der praktischen Umsetzbarkeit im Vordergrund. Diese Sichtweise hätte nach unserer Auffassung deutlich stärker berücksichtigt werden müssen. Besonders kritisch wird wahrgenommen, dass die begleitende Kommunikation vor allem auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung abzielt. Ob das Präsenzlicht im täglichen Einsatzgeschehen tatsächlich einen Mehrwert bietet oder möglicherweise neue Probleme schafft, wurde dagegen kaum öffentlich oder intern diskutiert. Eine ausgewogene Betrachtung hätte beide Seiten beleuchten müssen. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten sich durchaus ge-

wünscht, frühzeitig beteiligt und angehört zu werden. Wer die Auswirkungen einer Entscheidung später im Einsatzalltag tragen muss, sollte auch die Möglichkeit haben, seine Erfahrungen und Bedenken einzubringen. Akzeptanz entsteht nicht durch Werbekampagnen, sondern durch transparente Kommunikation und echte Basisbeteiligung. Deshalb sollte die Einführung des PPL offen, kritisch und vor allem praxisnah begleitet werden. Wenn sich Probleme zeigen, müssen diese benannt und bewertet werden dürfen. Kritik aus der Praxis ist kein Zeichen von Verweigerung, sondern ein wichtiger Beitrag dazu, dass Maßnahmen am Ende tatsächlich funktionieren und von den Beschäftigten mitgetragen werden. Denn gute Polizeiarbeit entsteht nicht primär am Reißbrett des SP-Stabes, sondern dort, wo sie jeden Tag geleistet wird – auf der Straße.

Fachbereich Schutzpolizei



IMK in Hamburg

Mitte Juni kamen die Innenminister und -senatoren zu ihrer diesjährigen Frühjahrskonferenz in Hamburg zusammen. Auf der umfangreichen Tagesordnung standen unter anderem erneut Fragen der Migrationspolitik. Nach Inkrafttreten des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) gelte es jetzt, die neuen Regeln effektiv in der Praxis umzusetzen. Zudem vereinbarte die IMK zusätzliche Maßnahmen zur konsequenten Rückführung verurteilter ausländischer Straftäter. So sollen Personen, die gravierende Gewaltdelikte oder vergleichbar schwere Straftaten verübt haben oder als Gefährder gelten, auch bei Bestehen eines Schutzstatus ausgewiesen werden können. Nach geltender Rechtslage ist die Ausweisung mit



diesen sehr hohen Hürden nur bei Vorliegen zwingender Gründe der nationalen Sicherheit möglich.

Weitere Themen betrafen die Bekämpfung des Sozialleistungsbetrugs durch den Einsatz KI-gestützter Analyseinstrumente und eine engere behördenübergreifende Zusammenarbeit sowie die Bekämpfung der damit verbundenen organisierten Kriminalität.

Notruf-Operator? (m/w/d)

Du wirst gebraucht!

Deine Tätigkeiten:

- ✓ Alarme & Notrufe bearbeiten
- ✓ Fahrzeug-Tracking
- ✓ First-Level-Support
- ✓ Alarmplan-Fachberatung
- ✓ Schließsystem-Management

Freue dich auf ...

- 👍 Modernste Ausstattung
- 👍 Planbare Dienstzeiten
- 👍 Wertschätzung und Teamgeist

📍 in 20099 Hamburg

- 👍 Notrufzentrale mit Alsterblick
- 👍 Spezialisierungsmöglichkeiten
- 👍 Technische Weiterbildungen

JETZT BEWERBEN! ➔

Werde Teil der Defender Notrufzentrale!
Infos zum Arbeitgeber: defender-notruf.de



defender-jobs.de



Freisprüche für Dortmunder Polizisten rechtskräftig



Im Jahr 2022 war der Senegalese Mouhamed Dramé bei einem Polizeieinsatz erschossen worden. Das Dortmunder Landgericht hatte im Dezember 2024 nach einem einjährigen Prozess die fünf angeklagten Polizistinnen und Polizisten freigesprochen. Die Brüder des Getöteten waren Nebenkläger in dem Verfahren. Sie hatten gegen alle Urteile Revision eingelegt. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hatte ebenfalls Revision eingelegt – gegen den Freispruch für den Einsatzleiter. Der Bundesgerichtshof hat jetzt alle fünf Urteile gegen die Polizistinnen und Polizisten bestätigt. Am 8. August 2022 hockte Mouhamed Dramé mit einem Messer in einer Dortmunder Jugendeinrichtung. Der Senegalese richtete das Messer gegen seinen Bauch. Die Betreuer riefen die Polizei. Beamte in Zivil sprachen Dramé an – ohne Reaktion. Der Einsatzleiter wies daraufhin an, den 16-Jährigen mit Pfefferspray einzusprühen. Als Folge daraus erhob sich der Jugendliche und begab sich in die einzig mögliche Fluchtrichtung, in Richtung der Polizisten. Die Einsatzkräfte setzten dann Taser und eine Maschinenpistole ein. Mouhamed Dramé starb wenig später an den erlittenen Verletzungen.

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil: 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de

Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: DPoLG Hamburg,
Frank Riebow

ISSN 0723-2230



Ruhestand*

Folgender Kollege ist zum **31. Mai 2026** in den Ruhestand gegangen:

Landeskriminalamt
KHK Peter Friedrich

LKA 414

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

Social Media

Instagram-Fundstück



„Zitiert“

„Alles Große in unserer Welt geschieht nur, weil jemand mehr tut, als er muss.“

Ralph Waldo Emerson
(1803–1882),
amerikanischer Philosoph
und Schriftsteller

